

19. Dezember 2018

Sozialstaat und Patriotismus

von Helmut Krebs

In verschiedenen Schriften (1) habe ich nachgewiesen, dass die Vision einer reinen Marktwirtschaft, wie sie Ludwig von Mises vorschwebte, nicht zu Ende durchdacht ist, undurchführbar und – aus Sicht des Allgemeinwohls – nicht wünschenswert. Die liberalen Demokratien der westlichen Welt sind durchweg Sozialstaaten, d.h. Gesellschaften, in denen die politische Macht der an sich freien Wirtschaft einen Rahmen aus Verboten und Geboten setzt und in der aus Steuermitteln öffentliche Güter finanziert werden, die dem schwachen Einzelnen eine gewaltige Erweiterung seiner Lebenschancen angedeihen lassen. Sozialstaaten im Rahmen der liberalen Demokratien sind die Lösung der Staatsfragenproblematik, die der Liberalismus aufwirft.

Der Staat im Denken des Liberalismus war immer dreierlei: Garant des Rechts, das über allen Einzelnen steht auch über den Mächtigen, zweitens Garant des äußeren Friedens aufgrund der Verteidigungsfähigkeit und Konfliktvermeidungspolitik und drittens Garant des inneren Friedens, indem er sein Gewaltmonopol konsequent anwendet und somit die Gewalt der Einzelnen über andere unterbindet. Der Staat im Denken des Liberalismus war andererseits aber auch eine Gefahr für die Freiheit, denn Gewalt kann missbraucht werden und ein Gewaltmonopol kann in katastrophaler Weise missbraucht werden. Es ging dem Liberalismus darum, die Grenzen des Staates deutlich zu ziehen. Um diese geht der Streit innerhalb des liberalen Lagers.

Die Grenzen des Staates wurden von den klassischen Liberalen sehr eng gezogen. Ihr Grundmodell der Gesellschaft sah auf der einen Seite den Unternehmer mit seiner Familie, der auf eigenes Risiko sein Vermögen in Geschäfte investiert, die ihm Gewinne einbringen sollen, wozu er frei ist, und die im Zusammenspiel mit den Unternehmungen der anderen Wohlstandzuwächse für alle zur Folge haben. Eigennutz und Allgemeinwohl gehen harmonisch miteinander. Dort sah das Modell den Gewaltapparat des Staates, der die Handlungsfreiheit des Einzelnen bedrohte, einschränkte und in Frage stellte, indem er wirtschaftspolitisch intervenierte, einen Teil der Erträge als Abgaben einzog und wettbewerbsverzerrende Maßnahmen wie Zölle oder Handelsbeschränkungen auferlegte. Es liegt schon viel Ironie in der Geschichte, dass die Befürchtungen der klassisch Liberalen des 19. Jahrhunderts hinsichtlich einer Entgrenzung des Staates sich mehr als erfüllten und gleichzeitig überwunden wurden. Die totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts waren die Manifestation der schlimmsten Alpträume und der Untergang des Kapitalismus und des Bürgertums. Doch gleichzeitig mit den imperialistischen Superstaaten und dem Nationalismus entstanden die ersten Keime der Sozialstaaten, die sich auch unter den Diktaturen weiter entwickelten und bis heute erhielten, reiften und Früchte trugen. (2) Die Grenzen des Staates wurden in dieser Betrachtungsweise zunächst völlig eingerissen, die Privatsphäre völlig aufgehoben und der Staat total. Gleichzeitig und in einer zweiten Bewegung erweiterten sie sich in Schritten, und das zum Wohl der breiten Massen und in Übereinstimmung mit dem emanzipatorischen Impetus des Liberalismus. Der Sozialstaat ist die Aufhebung des liberalen Unternehmertums in einer freien Gesellschaft aller Menschen, in der es weiter existiert, aber in gezügelter Weise. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft, und das ist eine liberale Errungenschaft, keine sozialistische.

Diesen Gedankengang habe ich an anderer Stelle entwickelt und begründet. (3) Die Tücken des Sozialstaates, der keiner harten ökonomischen Selbstkorrektur unterliegt, bei dem nicht, wie in der wirtschaftlichen Sphäre, auf Gefahr von Verlusten Fehler nur temporär auftreten können, der also keiner ökonomischen Selbstoptimierung unterliegt, der daher dazu neigt auszuufern, zu verfetten, während er das ökonomische System sklerotisiert, war Thema meines Büchleins „Sklerose – Leitbilder und Ideologien einer alternden Gesellschaft“. (4) Hier soll es um einen noch unbeleuchteten Aspekt der Sozialstaaten gehen: um den *Patriotismus*.

„Patriotismus“ bedeutet hier keine Ideologie. Das wäre Nationalismus. Das Wort soll deskriptiv verstanden werden als Identifikation des Bürgers mit seinem eigenen Staat. Staat wiederum bedeutet zweierlei: Einerseits meinen wir damit Gebiete, in denen konsistente Rechtssysteme walten; die also territorial abgegrenzt sind gegen andere; die eigene politische Machtssysteme organisieren; die eigene Spielarten der wirtschaftlichen und kulturellen Systeme entwickeln. Zweitens meinen wir mit dem Wort „Staat“ auch die staatlichen Gewalten, die Machtinstrumente der Gesellschaft innerhalb der Staatsgebiete, kurz die Regierung im weiteren Sinn. Aus dieser Doppelbedeutung erwächst viel Unklarheit und einige schwierige Probleme des liberalen Denkens.

Zur Eingrenzung der Probleme, die mit dem Patriotismus entstehen, ist es nützlich, die Logik des Nationalismus, der die Leitidee des napoleonischen Imperialismus war und danach alle Staaten des Kontinents erfasste, in Erinnerung zu rufen. Er hatte natürlich seine Vorläufer. Der Absolutismus der großen Könige Heinrich VIII und Ludwig XIV erzeugte einen monarchistischen Nationalismus, indem Nation und Monarch identifiziert wurden. L'état – c'est moi! Der englische Nationalismus der elisabethanischen Ära war dagegen schon breiter gedacht. Das Meer gehört uns! Daraus entstand 1740 „Rule, Britannia! Britannia rule the waves; / Britons never will be slaves!“ und Britannia war nun nicht mehr der König, der schon mal enthauptet wurde, wenn er dem starken Parlament nicht gehorchte. Britannia war die Nation, die über die Meere herrschte. Das ist nichts anderes als das Credo der Seemacht, die den globalen Außenhandel kontrolliert, der die eigene Nation auf Kosten der anderen bereichern soll. Nationalismus denkt folglich – wie der Merkantilismus der monarchistischen Epoche, im Paradigma des Nullsummenspiels. Reich werden wir durch Macht, indem wir andere arm halten, verdrängen, unterwerfen und ausbeuten. Bei Napoleon wird diese Ideologie auf die Bedingungen einer kontinentalen Landmacht übertragen. Mit Hilfe kühner und intelligenter militärischer Schlagkraft und angetrieben vom Momentum der Identifikation des einfachen Soldaten mit der Grand Nation, dem Soldaten, der den Maschallstab im Tornister trug, folgte der französische Nationalismus dem Credo, dass es Frankreichs historischer Auftrag sei, der englischen Überlegenheit zur See, die Dominanz zu Land zur Kontrolle des Welthandels entgegenzusetzen. Napoleons Expansionspolitik stand in Kontinuität zu der Ludwig XIV. Wo blieben da die Deutschen? Sie kamen – o je! – historisch zu spät. Auch ihnen stand doch ein Platz an der Sonne zu. Sie waren, nach Expertise einer französischen Schriftstellerin, das Land der Dichter und Denker. Sie waren die Champions der inneren Werte. An ihrem Wesen sollte die Welt genesen. Ihre Nation fußte auf einer ganz besonderen Volksseele (Herder), welche die Germanistik aufzuspüren suchte (Grimm) und in ihrem Staat verkörperte sich die göttliche Vernunft schlechthin (Hegel). Romantik, Idealismus und Nationalismus verwoben sich zum Deutschtum, das mancherlei Blüten trieb. Lebensreform, Wandervogel, Todessehnsucht im Heldentum, Militarismus, Bürokratismus, Franzosenhass, Antisemitismus – man hatte nicht viel Konkretes, aber viel Neid auf die Engländer und die Welschen. Das romantische gefärbte Alleinstellungsmerkmal des Deutschtums sollte dem zur Weltmacht strebenden Nationalismus der Nachbarn Paroli bieten. Nun ja. Das Übertreiben des Strebertums, das Moralisie-

ren von Politik, das Gefühl als Argument prägt bis heute deutsche Politik. Wir wollen geistig moralisch hervorstechen.

Patriotismus im Rahmen der liberalen Demokratien mit ihren sozialen Marktwirtschaften ist mehr als Tradition und Indoktrination. Während die Nationalismen die Folklore des Landsmannschaftlichen aufnehmen konnten – die farbentragenden Burschenschaften entstanden aus den antinapoleonischen Freikorps – während sie von oben nach unten die eigene Überlegenheit an der des Herrscher festmachte und die gott- oder schicksalsgewollte Souveränität der Monarchen und Diktatoren dem Volk einhämmerten, erwächst die Identifikation des Bürgers mit seinem Staat heute genuin aus den konkreten wirtschaftlichen und politischen Interessen. Denn der Bürger des Sozialstaates ist wirtschaftlich mit den anderen eng vernetzt. Dies gilt für die europäischen Länder, aber auch für die USA, wo die Staatsquote wesentlich niedriger erscheint, weil die sozialstaatlichen Einrichtungen in vielerlei Hinsicht an die Unternehmen gebunden sind, die gesetzliche Aufträge ausführen.

In Deutschland werden nach Berechnung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute durchschnittlich 30 Prozent der Familieneinkommen an den Staat und die Sozialkassen abgeführt. Die Familien erhalten durchschnittlich 29 % ihres Einkommens aus staatlichen Töpfen. In dieser Weise ist die Eigenständigkeit der unternehmerisch tätigen Familie, zu denen ich auch die abhängig beschäftigten freien Lohnarbeiter zähle, die als Vermögen nur ihre Arbeitskraft einsetzen können, teilweise aufgehoben. Mit einem Bein stehen die Individuen und ihre Familien sozusagen auf eigenen Füßen, mit anderen auf kollektiven. Der Sozialstaat organisiert mächtige Ströme in Form von Umlagen, die Risiken abfedern und ausgleichen, und damit den schwachen Einzelnen, und das sind alle bis auf die Superreichen, einen beträchtlichen Zuwachs an Freiheiten ermöglichen. Die Freiheit der Einzelnen wächst auf dem Grund der Sicherheit, auf Teilhabe an Bildung, auf Minderung der Risiken der Krankheiten, Naturkatastrophen und den Wechselfällen des gesellschaftlichen Lebens. Wer könnte bestreiten, dass ein Facharbeiter mit Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung freier ist als ein Tagelöhner ohne all dies?

Damit wächst aber ein Interesse am Gedeihen der sozialstaatlichen Einrichtungen. Der Bürger in der liberalen und sozialen Demokratie finanziert den Staat und profitiert von ihm. Er lebt zum Teil für ihn und von ihm. Er ist ein Teil des Staates. Damit aber verliert das liberale Gesellschaftsmodell, das hierhin die Privatsphäre, dorthin den Staat stellt, an Stimmigkeit. Wir haben es mit mindestens drei Spielern zu tun: den Einzelnen und seine Familie, die kollektiven Einrichtungen und die Regierung. Diese sind zu einem Mechanismus wechselseitiger Abhängigkeit verwoben. Der Bürger legitimiert die Regierung, diese reguliert die sozialen Einrichtungen, die vom Bürger finanziert werden und diesen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln Regierung und soziale Einrichtungen Eigeninteressen, sich durch Schmälerung der Privatsphäre auszudehnen. Die immerwährende Aufgabe des Liberalismus besteht in der Eindämmung dieser Selbstbezogenheit der kollektiven Systeme und der Verteidigung des souveränen Ranges des mündigen Bürgers.

Wenn schon der Staat des 19. Jahrhunderts Identifikationsfläche für den Bürger war, wie viel mehr einer, der Monat für Monat Einkommen abführt und zurückleitet. Die Verflechtung des Einzelnen mit dem Kollektiv ist konkreter denn je. Der Bürger als Teilglied von Umlagen- und Umverteilungssystemen profitiert vom allgemeinen Reichtum nicht nur als Konsument öffentlicher Güter, sondern durch Kindergeld und Familienfreibeträge, Bafög und subventionierte Eintrittspreise in Schwimmbäder und nicht kostendeckende Gebühren für Musikunterricht. Gefüllte Staatskassen sind gute Voraussetzungen für den individuellen Wohlstand. Der Bürger begreift sich, je nach Fokus und Perspektive, als Gebender oder Nehmender. In ihm hadern Partial- und Allgemeininteressen.

Doch kann er nicht umhin, sich als Teil eines Kollektivs zu begreifen, dessen Wohlergehen auch in seinem Interesse liegt. Patriotismus nennen wir daher eine Einstellung, die weder durch Tradition noch durch ideologische Verführung begründet sein muss, sondern aus dem Sein selbst erwächst. Er kommt uns ganz natürlich vor, weil er eine Spielart der Eigenliebe ist.

Staaten sind durch den Außenhandel miteinander verbunden. In Verhältnis zu anderen Staaten muss sich der Patriotismus bewähren, muss er wählen zwischen Kooperation oder Feindschaft. Der Nationalismus war und ist genuin feindselig nach außen, weil er in der Nullsummenlogik stecken bleibt, das Eigene als höherwertig sehen will und sich ständig an anderen misst. Der Patriot verträgt sich zwanglos mit anderen, deren Anderssein er genießen kann, weil er den Verkehr zum gegenseitigen Gewinn in Betracht zieht. Wo jedoch Interessengegensätze auftauchen, wird der Eigennutz des Staates mit guten Gründen ins Auge gefasst werden. Daher sind protektionistische Konzepte der Außenwirtschaft nichts dem Sozialstaat Wesensfremdes. Ob sie allerdings klug sind, ob sie den allgemeinen Wohlstand des eigenen Landes zu mehren vermögen, steht auf einem anderen Blatt.

Fußnoten:

- (1) Z.B: Die innere Widersprüchlichkeit der Minimalstaatsidee, in: Krebs/Tarrach: Liberalismus im Zeitalter der Globalisierung, 2016
- (2) Ich entnehme diesen Gedanken Götz Aly: Hitlers Volksstaat, 2011, Frankfurt am Main
- (3) Der historische Horizont, in: Krebs/Tarrach: Liberalismus im Zeitalter der Globalisierung, 2016
- (4) Erschienen 2015